



An den Grossen Rat

15.5445.02

WSU/P155445

Basel, 4. November 2015

Regierungsratsbeschluss vom 3. November 2015

Interpellation Nr. 83 Mustafa Atici betreffend „Ist Basel bereit für Flüchtlinge?“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 21. Oktober 2015)

„Die anhaltend grosse Anzahl von Flüchtlingen, die nach Europa kommt, und die aktuelle Weltlage sind markante Anzeichen dafür, dass bald auch in der Schweiz mit mehr Flüchtlingen zu rechnen ist. Umso wichtiger ist es, dass sich der Kanton Basel-Stadt auf die Neuankömmlinge vorbereitet.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mehr Flüchtlinge bedeutet, dass mehr Unterkünfte benötigt werden. Bedenkt die Regierung bei der Unterbringung verschiedene Quartiere zu berücksichtigen, um zu vermeiden, dass es zu «Ghetto» ähnlichen Verhältnissen kommt und eine bessere Durchmischung mit der einheimischen Bevölkerung gewährleistet ist?
2. Hat die Regierung schon einmal darüber nachgedacht an Schulen und für die Öffentlichkeit ein Projekt zur Aufklärung der Basler Bevölkerung über die Herkunftsländer der Flüchtlinge, zu ihrer Kultur, Religion usw. zu lancieren?
3. Wie können bereits vorhandene Projekte beschleunigt werden, wie z.B. die Einbindung und Schaffung von Angeboten der Basler Sportclubs, dem Unisport, gerade um den vielen jungen Männern, die erwartet werden, eine sportliche Freizeitbeschäftigung anzubieten?
4. Verfügt der Kanton resp. das Migrationsamt über genügend qualifizierte DolmetscherInnen, oder wie möchten sie genügend DolmetscherInnen zur Verfügung stellen, falls es nötig wird?
5. Was denkt die Regierung über die rasche Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle aller staatlichen, gemeinnützigen, kirchlichen und freiwilligen Angebote in Basel für Flüchtlinge?
6. Ist es möglich, zusätzliche Abklärungen zur Schaffung von neuen Wohnprojekten, z.B. die Unterbringung junger Männer in bestehenden WG's (Wohngemeinschaften), durchzuführen?
7. Die Quartieranlässe sind ein gutes Beispiel für die Willkommenskultur in Basel. Können solche Anlässe mit kantonaler Unterstützung in absehbarer Zeit auch für anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge eingeführt werden?
8. Kommt dafür eine Kooperation mit den vorhandenen Quartierorganisationen in Frage?
9. Flüchtlinge brauchen Perspektiven, vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene: Kann die schulische Begleitung mit zusätzlichen Deutschkursen ergänzt werden? Was für kurzfristige Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitschancen, z.B. um eine Berufslehre abzuschliessen, können in Betracht gezogen werden?
10. Ist die Regierung in diesem Zusammenhang in Kontakt mit dem Gewerbeverband? Mustafa Atici“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Ausgangslage

Für die meisten Flüchtlinge auf der Türkei-Griechenland-Balkanroute ist nach wie vor nicht die Schweiz das Zielland. Die Anzahl Asylgesuche in den Bundesempfangsstellen ist zwar auf hohem Niveau, das Staatssekretariat für Migration (SEM) geht jedoch nach wie vor von rund 30'000 Asylgesuchen für 2015 aus und beobachtet die Entwicklungen laufend. Der Anteil an eritreischen Gesuchstellenden ist in den letzten Wochen zurückgegangen. Es werden hingegen zunehmend Gesuche von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Sri Lanka verzeichnet.

Die Zuweisungen von Asylsuchenden an den Kanton Basel-Stadt bewegen sich im Rahmen der Jahresprognose des Bundes. Der Bestand von Personen aus dem Asylbereich ist in den letzten Monaten in Basel-Stadt leicht angestiegen. Während die Abteilung Migration der Sozialhilfe anfangs Jahr noch rund 1'100 Personen aus dem Asylbereich betreute, sind es inzwischen rund 1'300 Personen. Davon leben knapp 950 in betreuten Asylstrukturen.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. Mehr Flüchtlinge bedeutet, dass mehr Unterkünfte benötigt werden. Bedenkt die Regierung bei der Unterbringung verschiedene Quartiere zu berücksichtigen, um zu vermeiden, dass es zu «Ghetto» ähnlichen Verhältnissen kommt und eine bessere Durchmischung mit der einheimischen Bevölkerung gewährleistet ist?

Aktuell sind rund 30 Reserveplätze in der Zivilschutzanlage und rund 70 weitere in den Asyl-Liegenschaften frei, welche laufend belegt werden können. Für den Fall eines starken Anstiegs der Zuweisungen kann eine weitere Zivilschutzanlage im St. Johann in Betrieb genommen werden. Derzeit ist eine Eventualplanung in Erarbeitung, welche die etappenweise Schaffung weiterer Unterbringungsplätze regelt.

Nach Möglichkeit sollen ausreichend überirdische Unterbringungsplätze geschaffen werden, wie beispielsweise mit den geplanten Wohncontainern an der Münchensteinerstrasse und dem Kauf oder der Anmietung weiterer Liegenschaften. Weitere Anlagen sowie mögliche Standorte für das Aufstellen von Containern, Zelten oder anderen Wohneinheiten werden im Rahmen der Eventualplanung benannt. Zum Standort von neuen Wohneinheiten lassen sich derzeit keine Aussagen machen. Es ist weiterhin das Ziel, die Unterbringung von Asylsuchenden nach Möglichkeit über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen.

2. Hat die Regierung schon einmal darüber nachgedacht an Schulen und für die Öffentlichkeit ein Projekt zur Aufklärung der Basler Bevölkerung über die Herkunftsländer der Flüchtlinge, zu ihrer Kultur, Religion usw. zu lancieren?

Die Bearbeitung und Thematisierung der aktuellen politischen Lage ist ein Bestandteil des Faches „Räume, Zeiten, Gesellschaft“ im Lehrplan 21. Explizit wird darauf hingewiesen, dass „aktuelle Ereignisse für den Unterricht bedeutsam sind. Tagesaktuallitäten müssen direkt einfließen, wenn sich die Situation ergibt.“ Wir gehen davon aus, dass dadurch die Informationsverantwortung der Schulen erfüllt wird. Es ist in der Kompetenz jeder Schule, die Flüchtlingsproblematik in speziellen Projekten zu vertiefen.

3. Wie können bereits vorhandene Projekte beschleunigt werden, wie z.B. die Einbindung und Schaffung von Angeboten der Basler Sportclubs, dem Unisport, gerade um den vielen jungen Männern, die erwartet werden, eine sportliche Freizeitbeschäftigung anzubieten?

Flüchtlinge, die Sport treiben möchten, können in Eigenverantwortung oder mit Unterstützung der für die Betreuung Verantwortlichen die verschiedensten Sportarten betreiben und Anlagen nutzen. Die Sportanlagen des Kantons Basel-Stadt sind während der Öffnungszeiten allgemein zugänglich. Flüchtlinge, die Sport treiben wollen, können diese Anlagen, sofern sie nicht von Schulen oder Sportvereinen belegt sind, im Rahmen der geltenden Haus- und Benutzungsordnung somit nutzen. Auch die Rasenfelder Luftmatt, Wasgenring und St. Alban stehen nach dem Schulunterricht, an den Wochenenden und in den Ferien zur Benützung zur Verfügung. Auch die Mitwirkung im privatrechtlich in Vereinen und Verbänden organisierten Sport ist für Flüchtlinge selbstverständlich möglich. Das Sportamt weist auf der Homepage www.sport.bs.ch auf entsprechende Angebote hin und vermittelt bei Bedarf auch bei persönlichen Anfragen gerne an die entsprechenden Anbieter in der Region.

4. Verfügt der Kanton resp. das Migrationsamt über genügend qualifizierte DolmetscherInnen, oder wie möchten sie genügend DolmetscherInnen zur Verfügung stellen, falls es nötig wird?

Die Erstaufnahme und -betreuung erfolgt in den Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes. Entsprechend gross ist das Netz an Übersetzenden beim Bund. Nach der Zuweisung in die Kantone sind es die kantonalen Behörden, welche mit den Flüchtlingen im Kontakt stehen. Hierfür werden bei Bedarf qualifizierten Dolmetscherinnen und Dolmetschern beigezogen. Wie gross die Zahl der zur Verfügung stehenden Übersetzerinnen und Übersetzer ist, hängt letztlich auch von den gefragten Sprachen ab. Aktuell sind mehrheitlich Dolmetscher für Tigrinya, Arabisch und Kurdisch gesucht. Es kann davon ausgegangen werden, dass die nötige Verständigung auch bei einer hohen Zahl an zugewiesenen Flüchtlingen im Kanton Basel-Stadt sichergestellt werden kann.

5. Was denkt die Regierung über die rasche Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle aller staatlichen, gemeinnützigen, kirchlichen und freiwilligen Angebote in Basel für Flüchtlinge?

Bei vielen Hilfswerken und bei der Sozialhilfe Basel gehen in den letzten Monaten zahlreiche Angebote von Privatpersonen ein, die Flüchtlinge auf unterschiedliche Weise unterstützen oder bei sich unterbringen möchten. Der Kanton hat im Sinne einer Sofortmassnahme auf die Solidaritätsbekundungen reagiert und unterdessen gemeinsam mit GGG, CMS und Kirchen zwei Projekte geschaffen, welche die privaten Angebote prüfen, koordinieren und vernetzen.

Siehe dazu <http://www.wsu.bs.ch/news/2015-09-24-mm-64124.html>

Aufgabe der neu geschaffenen zentralen Koordinationsstelle „Freiwillige für Flüchtlinge“ ist die Sammlung der eingehenden Angebote, die Vernetzung mit bestehenden staatlichen, kirchlichen und gemeinnützigen Organisationen und Projekten, sowie die Vermittlung an interessierte Flüchtlinge. Eine laufend aktualisierte Angebotsliste soll Hilfswerken sowie Fachpersonen der Sozialhilfe, welche die Flüchtlinge in Basel-Stadt betreuen, zugänglich sein, so dass Angebot und Bedarf der Zielgruppe abgeglichen werden können.

6. Ist es möglich, zusätzliche Abklärungen zur Schaffung von neuen Wohnprojekten, z.B. die Unterbringung junger Männer in bestehenden WG's (Wohngemeinschaften), durchzuführen?

Bei Hilfswerken und der Sozialhilfe Basel haben sich in den letzten Monaten zahlreiche Privatpersonen gemeldet, die Flüchtlinge bei sich unterbringen möchten. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt plant in Zusammenarbeit mit der GGG Basel den Aufbau einer Kon-

taktstelle „Wohnraum für Flüchtlinge bei Privaten“, um die Angebote sorgfältig zu prüfen, mit interessierten Flüchtlingen zu vernetzen, sowie Informationen zu Zuständigkeiten, Finanzen zu vermitteln und die Wohngemeinschaften zu coachen. Die GGG verfügt über langjährige Erfahrungen sowohl in der Beratung von Ausländerinnen und Ausländern als auch in der Arbeit mit Freiwilligen. Das Projekt orientiert sich am Konzept der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Die Kontaktstelle wird voraussichtlich Anfang Dezember 2015 den Betrieb aufnehmen. Ein sorgfältiges Vorgehen ist für den Erfolg des Projekts entscheidend. Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass Privatunterbringungen ohne sorgfältige Prüfung und Vorbereitung oftmals nicht gelingen und es bereits nach kurzer Zeit aufgrund von unterschiedlichen Vorstellungen des Zusammenlebens zu Konflikten und zur Auflösung der Wohngemeinschaften kommt.

Die Kontaktstelle wird eng mit der Abteilung Migration der Sozialhilfe zusammenarbeiten, welche in Basel-Stadt zentral für die Unterbringung und Betreuung bedürftiger Personen aus dem Asylbereich zuständig ist. Es ist zu beachten, dass die private Unterbringung von Flüchtlingen kein Instrument zur Bewältigung einer Notsituation im Bereich Unterbringung Asyl sein kann, aber mittelfristig durchaus zu einer Entlastung der kantonalen Strukturen beitragen kann, wenn die soziale Integration gelingt und die Wohngemeinschaften Bestand haben.

Das Berner Projekt „Wegeleben“, das zum Ziel hat, junge Flüchtlinge in bestehenden „WGs“ einzuzuquartieren, steht bereits in Verbindung mit dem Kanton und der GGG. Eine Zusammenarbeit mit der neu geschaffenen Kontaktstelle „Wohnraum für Flüchtlinge bei Privaten“ wird zu gegebener Zeit geprüft.

7. Die Quartieranlässe sind ein gutes Beispiel für die Willkommenskultur in Basel. Können solche Anlässe mit kantonaler Unterstützung in absehbarer Zeit auch für anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge eingeführt werden?

Alle neu zuziehenden Ausländerinnen und Ausländer werden im Rahmen der Willkommensstrategie des Kantons anlässlich eines Neuzuzügeranlasses im Rathaus (Willkommen in Basel) und anschliessend auf einem Rheinschiff (Welcome on Board) willkommen geheissen. Auch anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge werden zu diesen Anlässen eingeladen. Im Anschluss daran erfolgt die Begrüssung im Quartier (Willkommen im Quartier). Das Präsidialdepartement wird die Auswahlkriterien für die Einladungen zu allen erwähnten Anlässen des Willkommenszyklus prüfen und dahingehend anpassen, dass alle Personen mit Bleiberecht künftig davon profitieren. Eine Anpassung erfolgt so rasch wie möglich.

8. Kommt dafür eine Kooperation mit den vorhandenen Quartierorganisationen in Frage?

Siehe Antwort auf Frage 7

9. Flüchtlinge brauchen Perspektiven, vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene: Kann die schulische Begleitung mit zusätzlichen Deutschkursen ergänzt werden? Was für kurzfristige Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitschancen, z.B. um eine Berufslehre abzuschliessen, können in Betracht gezogen werden?

Kinder und Jugendliche, die ohne Sprachkenntnisse nach Basel kommen, werden im Rahmen des DaZ-Konzepts (DaZ = Deutsch als Zweitsprache) individuell und intensiv gefördert. Bei einem starken Anstieg der Anzahl Flüchtlinge würde der Rahmen des Konzepts finanziell und personell gesprengt, spezielle zusätzliche Klassen mit einem intensiven Betreuungsaufwand müssten neu gebildet werden, was zusätzliche finanzielle Ressourcen erfordern würde. Die Möglichkeit, eine Berufslehre abzuschliessen zu können, bedingt eine schulische Ausbildung, die den Rahmen einer kurzfristigen Massnahme sprengt. Im Anschluss an die Volksschule bieten die Berufswahl- und

Integrationsklassen die Möglichkeit, die sprachlichen und fachlichen Voraussetzungen für eine Berufslehre zu erwerben.

10. Ist die Regierung in diesem Zusammenhang in Kontakt mit dem Gewerbeverband?

Im Rahmen der regulären Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband wird auch die aktuelle Thematik behandelt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin